



Schuldenmachen als Regierungsprinzip

Am 18. Januar 2011 stoppt der nordrhein-westfälische Verfassungsgerichtshof den rot-grünen Nachtragshaushalt 2010. In einer Erklärung des Gerichts heißt es: „Der Landesregierung ist aufgegeben worden, bis zu einer Entscheidung im Normenkontrollverfahren gegen das Nachtragshaushaltsgesetz 2010 von einem Abschluss der Kassenbücher für das Haushaltsjahr 2010 abzusehen und bis dahin keine weiteren Kredite auf der Basis des Nachtragshaushaltsgesetzes 2010 aufzunehmen.“

Seitdem beherrscht das Thema Haushalt die Landespolitik. Ministerpräsidentin Kraft gibt sich zunächst selbstbewusst und erklärt, man wolle an der Finanzpolitik „nachhaltig festhalten“. Finanzminister Walter-Borjans hält die Schuldenaufnahme von 8,4 Milliarden Euro sogar für „alternativlos“. Aber schon weniger als eine Woche später bekommt die Landesregierung kalte Füße und gerät ins Straucheln. Der Finanzminister findet überraschend 1,3 Milliarden Euro. Zusätzlich wird hektisch nach Möglichkeiten der Einsparung gesucht.

Schon Konrad Adenauer brachte es auf den Punkt: Sozialdemokraten können nicht mit Geld umgehen. Dass aber in Zeiten europaweiter Sparbemühungen die nordrhein-westfälische Landesregierung Schuldenmachen zum Regierungsprinzip erhebt, ist eine bisher nie dagewesene Versündigung an kommenden Generationen, allein aus parteipolitischem Machtstreben heraus.

Die rot-grüne Minderheitsregierung befindet sich in einem Dilemma. Folgt das Verfassungsgericht der Klage der Fraktionen von CDU und FDP werden Frau Kraft und Frau Löhrmann wohl kaum den finanziellen Spielraum haben, um ihre teuren Wahlversprechen mit einem verfassungskonformen



Oliver Wittke, Generalsekretär der CDU NRW

Haushalt umsetzen zu können. Gleichzeitig hat sich die rot-grüne Koalition in die Gefangenschaft der Linkspartei begeben. Eine Mehrheit werden SPD und Grüne für ihren Haushalt deshalb wohl nur finden, wenn sie mit der Verabschiedung des Haushalts 2011 erneut die Verfassung brechen.

Gelingt es der Regierung Kraft nicht, einen verfassungskonformen Haushalt zu verabschieden, sei es weil sie im Parlament keine Mehrheit findet oder weil sie auch mit dem Haushalt 2011 vor dem Verfassungsgerichtshof Schiffbruch erleidet, muss Frau Kraft erklären, dass sie gescheitert ist. Die Zeit für Neuwahlen wäre somit gekommen.

Dass eine sparsame, solide und vor allem nachhaltige Finanzpolitik möglich ist, haben wir bereits vorgemacht. Die CDU-geführte Landesregierung hat in ihrer Regierungszeit verantwortungsvoll gewirtschaftet, die Neu-

verschuldung reduziert, den Haushalt konsolidiert. Denn die Wähler verlangen zu Recht, dass Politiker sparsam mit öffentlichen Mitteln umgehen. Deshalb wird die CDU auch weiterhin nicht mit dem Versprechen teurer Wahlgeschenke in den Wahlkampf ziehen. Regieren auf Pump ist Politik von gestern. Wenn Frau Kraft das nicht einsieht, dann sind die Wähler am Zug. Die CDU fürchtet sich jedenfalls nicht vor Neuwahlen.

+++ Termine +++ Termine +++

10.03.2011

Oswald Metzger

Nach uns die Sintflut – Plädoyer für eine langfristig tragfähige Politik

MIT Kreis Mettmann

Schützenhalle Langenfeld-Richardt,
19.30 Uhr

12.03.2011

Delegiertenvorbesprechung der MIT

zum 33. Landesparteitag der CDU NRW
in Siegen
Siegerlandhalle, ab 09.00 Uhr, mit Frühstück

30.03.2011

Zukunftsprojekte der Logistik

MIT Rhein-Kreis Neuss
UPS Deutschland GmbH, Neuss,
ab 16.00 Uhr

08. – 09.04.2011

Klausurtagung der MIT NRW
Landesvorstand und Kreisvorsitzende

Viele weitere Termine finden Sie auf unseren Internetseiten www.mit-nrw.de.

+++ Termine +++ Termine +++

Aus dem Landesverband

Mittelstandsvereinigung geht noch etwas weiter in Sachen CDU-Bildungspolitik

„Immer nur mit sich selbst zu diskutieren, macht einsam“, scherzte Hartmut Schauerte, MIT-Landesvorsitzender ob des hochkarätig besetzten Diskussionsforums, zu dem der CDU-Wirtschaftsflügel am 14. Februar in die Düsseldorf Handwerkskammer zum Thema „Kluger Köpfe – gute Schulen – starker Standort“ geladen hatte. Dabei war es der MIT wichtig, dass vor allem Sachverstand von Außen abgefragt wurde, wenn es um die Debatte der neuen schul- und bildungspolitischen Positionierung der CDU NRW ging.

Der Hauptredner, der sächsische Bildungsminister Prof. Dr. Roland Wöllner, stellte dabei nicht nur die zweigliedrige Schulstruktur in seinem Bundesland vor. „Wir müssen uns wieder um die Inhalte, die Lehrerqualifizierung, die Ausstattung der Schulen und die Motivation in der frühkindlichen Bildung und im Elternhaus kümmern“, so Wöllner. Man diagnostizierte dabei ein „Gymnasialfieber“ bei den Eltern, welches den Ruf nach Strukturreformen, leicht werden lässt. Dabei waren es nach Ansicht aller auf dem Podium eben diese Schulstrukturreformen, die die Probleme verschärft haben.

Ein Zuschauer brachte es auf den Punkt: „Wer blickt denn noch durch im Dickicht der verschiedenen Schulformen?“ Klar wurde, dass die Inhalte und die Investitionen in die Bildung viel wichtiger sind als die Frage, welche Schulform noch erfunden werden kann. Trotzdem schwang natürlich die Frage nach der Struktur immer mit in der Debatte. Aber Hartmut Schauerte machte deutlich, dass Bildungspolitik nicht zur Standortpolitik werden dürfe: „Ich habe den Eindruck, dass es vielen Kommunalpolitikern recht kommt, wenn mal wieder eine neue zusätzliche Schulform erfunden wird, weil man dann darauf aufspringt und in Zeiten der sinkenden Schülerzahlen

dann versucht, den eigenen Standort zu sichern. Im Interesse der Kinder ist das nicht zwangsläufig.“

Helmut Klein vom Institut der Deutschen Wirtschaft in Köln machte zur Frage der Schulstruktur ebenfalls interessante Aussagen aus Sicht des Erziehungswissenschaftlers: „Wir müssen zuerst innerhalb des Systems Effizienzen heben und Schule funktionstüchtig machen, bevor wir Sie schon wieder weitgehend umorganisieren.“ Axel Fuhrmann, Stellvertretender Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer ergänzte: „Schreib- und Lesefähigkeit, mathematische Grundkenntnisse und oftmals auch Sozialverhalten fehlen einfach. Wir sind enttäuscht, dass die neue Landesregierung als erstes die Noten zum Sozial- und Arbeitsverhalten abschaffte.“

Schauerte jedenfalls war sich sicher, dass der Prozess – auch innerhalb der CDU – noch weitergehen wird: „Wir als MIT tendieren dazu, eine klare Zweigliedrigkeit anzupfeilen, nicht als Revolution sondern als Evolution über die nächsten Jahre und Jahrzehnte. Dahin wird die Entwicklung gehen.“ Damit macht sich die MIT zum bildungspolitischen Vorreiter innerhalb der CDU NRW und geht natürlich

weiter als die Vorschläge zum Landespartei-tag am 12. März. Schauerte: „Die CDU unter Führung von Norbert Röttgen hat einen Prozess angestoßen, der noch nicht zu Ende ist. Diese Offenheit der Diskussion ist wichtig und vorbildlich. Die CDU macht sich damit zum Anwalt der Kinder und Jugendlichen, zum Anwalt eines Schulfriedens in NRW und zur kompetentesten – weil unideologischsten – politischen Alternative. Das ist es, was die Eltern, Schüler und Lehrer am dringendsten brauchen.“



MIT Rhein-Kreis Neuss

Reformen gehören zu liberal-konservativer Politik



Dr. Josef Schlarmann

„Ich habe selten einen Politiker gehört, der es wie Herr Dr. Schlarmann versteht, komplexe wirtschaftliche Sachverhalte, politische Beschlüsse und den konservativen Markenkern der CDU so in Einklang zu bringen. Ich bin froh, dass ein so kluger und analytisch starker Wirtschaftspolitiker die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung auch im CDU-Bundesvorstand vertritt.“

Schlarmann hatte in seinem einstündigen

Auf Einladung der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung im Rhein-Kreis Neuss sprach der MIT-Bundesvorsitzende Dr. Josef Schlarmann zu über 100 interessierten Zuhörern im S-Forum der Sparkasse Neuss. MIT-Chef Jens Hartmann war begeistert:

Vortrag „Soziale Marktwirtschaft – ein konservatives Programm“ weitere Reformen angemahnt, die Rede der Bundeskanzlerin auf dem Bundesparteitag gelobt und die soziale Marktwirtschaft als überlegenes System beschrieben: „Konrad Adenauer und Ludwig Erhard waren liberal-konservative Politiker. Konservatismus ist dabei durch drei Kernziele charakterisiert: Sicherung der bürgerlichen Freiheiten, wertorientiertes Handeln und Reformfähigkeit der Institutionen. Wer sich Reformen verweigert, der wird letztlich nicht als Wertkonservativer, sondern als Strukturkonservativer wahrgenommen.“

Die Politik solle dabei durch eine kluge Ordnungspolitik die Rahmenbedingungen festlegen und anpassen, aber sich nicht selbst am Wirtschaftsmarkt betätigen, denn „wirtschaftspolitischer Interventionismus ist willkürlich und behindert nachhaltiges

Wirtschaften.“ Vor seinem engagierten Vortrag ehrte Josef Schlarmann den Dorimagener Immobilienkaufmann und Juristen Ralf Höppe als 500. Mitglied in der weiter wachsenden starken MIT-Kreisgemeinschaft.

Der Bundestagsabgeordnete Ansgar Heveling hielt einen kurzen Bericht aus Berlin und Sparkassen-Vorstand Volker Gärtner freute sich als Gastgeber über den prominenten Gast und die vielen Zuhörer in den Räumlichkeiten der Sparkasse Neuss.

Nicht nur aus der Sicht des Gastgebers und der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung ein rundum gelungener Abend. Hartmann: „Ich hatte das Gefühl, dass wir alle sehr gerne noch weiter Herrn Dr. Schlarmann zugehört hätten.“

MIT Hochsauerlandkreis

Anstieg der Energiepreise: Schmerzgrenze ist überschritten

Die MIT im Hochsauerlandkreis kritisiert die drastisch steigenden Energiepreise. Verantwortlich dafür sei das „unglückliche Zusammenspiel europäischer Vorgaben und deutscher Klimamusterschüler-Ehrgeiz“. Die im europäischen Vergleich hohen Preise für Industriestrom, die von 2002-2009 um 250 % gestiegen sind, belasten die heimische Wirtschaft. „Ein besonderes Ärgernis seien die Zuschläge, die mittlerweile 23 % betragen und die ausschließlich auf politischen Entscheidungen beruhen“, so Ulrich Klein, Vorsitzender der MIT im Hochsauerlandkreis. „Ökosteuer, Kraftwärmekoppelung und das Erneuerbare Energien Gesetz, kurz EEG, verteuern die Energiekosten und belasten die Betriebe, aber auch jeden Privathaushalt über Gebühr.“ Deshalb fordert die MIT die Politik zum Handeln auf. Bereits im Dezember hatte die MIT dazu den Bundestagsabgeordneten Dr. Patrick Sensburg eingeladen, damit er sich vor Ort ein Bild von der Problematik machen konnte und so die Anliegen der mittelständischen Betriebe in Berlin besser vortragen kann. Ulrich Klein: „Wir müssen diesen Automatismus beenden, dass die steigende Nutzung erneuerbarer Energien direkt für höhere Strompreise sorgt. Alles was die Umwelt schützt und unser Klima rettet ist wichtig

und findet die Unterstützung der Wirtschaft, aber bei allen Maßnahmen müssen wir auch auf die Kosten und die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe achten.“ Dass eine sinnvolle Energieeinsparung besser ist als ständige Steuererhöhungen und Abgaben zeigen die Erfolge aus der Industrie. So kann-

te zum Beispiel die Firma BJB in Arnsberg in den letzten zehn Jahren durch den Einsatz modernster Technik etwa ein Drittel an Energie sparen. Doch trotz dieses, auch für die Umwelt hervorragenden Erfolges, haben sich die Energiekosten für das Unternehmen insgesamt verdoppelt.



Dieter Henrici und Ulrich Klein (BJB, Arnsberg) erläutern dem heimischen Bundestagsabgeordneten Dr. Patrick Sensburg die unterschiedlichen Industriestromkosten im europäischen Vergleich.

MIT Bornheim

Erfolgreiche sechste Ausbildungsplatz- und Jobbörse Bornheim

Die sechste Ausbildungsplatz- und Jobbörse Bornheim in der Europaschule Bornheim war ein großer Erfolg. Mit 33 Arbeitgebern aller Größenordnungen und Hochschulen aus der Region beteiligten sich mehr Aussteller denn je an der Veranstaltung der Jungen Union Bornheim und des MIT-Verbandes Rhein-Sieg linksrheinisch. Und sie hatten weit mehr als 200 attraktive Ausbildungs- und Arbeitsplatzangebote für Schülerinnen und Schüler aus Bornheim, Bonn, Brühl und Wesseling im Gepäck. Auch in diesem Jahr nutzten wieder viele Jugendliche aus Bornheim und Umgebung die Karriere-Börse, um sich beruflich zu orientieren. Offenbar passten Angebot und Nachfrage gut zusammen: Einer ersten Bilanz zufolge lernten die Aussteller während der vierstündigen Ausbildungsplatz- und Jobbörse für den weit überwiegenden Teil der angebotenen Ausbildungsplätze und offenen Stellen geeignete Bewerberinnen und Bewerber kennen. So zum Beispiel auch das Autohaus Melzer: „Wir haben wieder eine ganze Reihe Jugendlicher getroffen, die vielleicht schon bald unsere Angebote für den Berufseinstieg nutzen werden. Viele Schülerinnen und Schüler ahnen nicht, wie vielfältig das Ausbildungsangebot in einem Autohaus sein kann.“ Zum Abschluss der Veranstaltung lobten die Aussteller auch das Niveau der häufig sehr konkreten Ge-

spräche, die sie an ihren Informations- und Kontaktständen führten. Viele der beteiligten Unternehmen hatten damit bereits Anfang des Jahres ihre Sorgen um geeignete Nachwuchskräfte ad acta gelegt. Umgekehrt verließen viele Schülerinnen und Schüler die Bornheimer Karrierebörse mit

konkreten Vorstellungen hinsichtlich ihrer beruflichen Perspektive. „Das Angebot auf dieser Arbeitsplatz- und Jobbörse zeigt nicht zuletzt die großartigen Chancen, die das duale System der beruflichen Bildung jungen Menschen bietet“, so die Landtagsabgeordnete Ilka von Boeselager.



Die 33 Aussteller der sechsten Ausbildungsplatz- und Jobbörse Bornheim hatten mehr als 200 attraktive Angebote für Schülerinnen und Schüler aus der Region im Gepäck

MIT Unna

Mittelstandsvereinigung informiert sich über Datenschutz

Durch die Datenpannen einiger Großunternehmen und die Diskussion um Google-Streetview hat das Thema Datenschutz viel Aufmerksamkeit erregt. Dass dies lediglich die Spitze des Eisberges ist, verdeutlichte der Datenschutzexperte Erich Zimmermann den Mitgliedern der Unnaer MIT. Er rechnet mit einer Zunahme der Fälle, in denen Unternehmen für den laschen Umgang mit Datenschutzbestimmungen zur Kasse gebeten werden. Die Neuregelung des Datenschutzes hat die Rechte der Verbraucher gestärkt. Jeder Betroffene hat das Recht, eine kostenlose Auskunft darüber zu bekommen, welche Daten ein Unternehmen von ihm gespeichert hat. Sofern diese Daten nicht Bestandteil eines laufenden Vertrags sind oder aufgrund einer Einwilligung gespeichert

werden, kann eine Löschung und Sperrung verlangt werden. Daten, die ein Internetnutzer in sogenannte social networks (Facebook u.a.) hinterlässt, fallen nicht darunter. Speichert ein Unternehmen sensible Daten, die mehr als nur Angaben zu Adresse und Telefonnummer, sondern auch Finanz- oder gar Gesundheitsdetails beinhalten, ist laut Zimmermann höchste Vorsicht geboten. „Verstöße gegen den Datenschutz in den ganz sensiblen Bereichen sind enorm teuer.“ Diese Themen sind deshalb im Unternehmen Chefsache. „Jeder Geschäftsführer und Firmeninhaber haftet für die Einhaltung der Datenschutzgesetze“, erklärte Zimmermann. Er rät insbesondere zu detaillierten Regelungen für den Umgang mit Passwörtern und den Mail-Verkehr. In der an-

schließenden Diskussion erörterten die Mittelständler unter der Leitung ihres Vorsitzenden Thomas Pool das Verhalten der Menschen im Umgang mit ihren persönlichen Daten. Dagegen werde allerdings auch der Datenschutz nichts ausrichten, sondern nur ein Mindestmaß an Problembewusstsein, so der abschließende Tenor.

**Noch mehr Informationen,
rund um die Uhr,
finden Sie im Internet unter
www.mit-nrw.de.**



MIT Greven

Staatssekretärin steht Mittelständlern Rede und Antwort

Die Parlamentarische Staatssekretärin Ursula Heinen-Esser MdB aus dem Bundesumweltministerium und Professor Dr. Bodo Risch, stellvertretender Hauptgeschäftsführer der IHK Nord Westfalen zu Münster, waren die von Dr. Christoph Kösters als Vorsitzender der MIT Greven und Dieter Jasper MdB als MIT-Kreisvorsitzender begrüßten Redner auf dem Jahresauftakt in der Firma Sahle Baubetreuungsgesellschaft mbH. Heinen-Esser stellte das umwelt- und wirtschaftspolitische Konzept der Bundesregierung vor. Nicht zuletzt dank der international wettbewerbsfähigen deutschen Außenwirtschaft, ihrer Produkte, der Flexibilität und des Unternehmergeistes des Mittelstandes sei Deutschland inzwischen mit großer Kraft aus der Wirtschaftskrise gekommen. „Wir haben mit über 40 Millionen Beschäftigten inzwischen den höchsten Beschäftigungsstand seit der



Widervereinigung erreicht“. Sie sei fest davon überzeugt, dass CO₂- und Ressourceneffizienz auch und vor allem für die Wirtschaft wichtig sind, da sie die zukünftige internationale

Wettbewerbsfähigkeit sichern. Sie erläuterte auch die Klimaschutzziele der Bundesregierung, die zentralen Handlungsfelder der umweltpolitischen Strategie insgesamt und

die neun Kernpunkte des Energiekonzepts der Bundesregierung. Ihr Vortrag bot viel Gesprächsstoff für die anschließende intensive Diskussion. Hier standen die Sorgen um die Sicherung der Energieressourcen („Seltene Erden“ als strategische Rohstoffe für High-Tech-Produkte) und um die Energiepreisentwicklung sowie die Technologiepotentiale in der Entwicklung von Umweltprodukten im Mittelpunkt. Professor Dr. Bodo Risch erwartet 2011 ein Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von 2,4%. Die wirtschaftlichen Perspektiven des Wirtschaftsstandortes Münsterland für 2011 seien sehr gut. Das Wirtschaftsklima in der Region habe inzwischen wieder einen Spitzenwert erreicht, die Geschäftserwartungen seien positiv. Als Konjunkturrisiken sehe die heimische Wirtschaft derzeit vor allem die Entwicklung der Rohstoff- und Energiepreise.

MIT Langenfeld

MIT bei „BOB 2011“ wieder federführend mit dabei

Seit fünf Jahren organisiert der Landtagsabgeordnete und Vorsitzende der MIT-Langenfeld, Hans-Dieter Clauser als Schirmherr zusammen mit starken Partnern jährlich eine Berufsorientierungsbörse. Träger dieser Börse sind die beiden Bürgermeister der Städte Langenfeld und Monheim am Rhein, Frank Schneider und Daniel Zimmermann. Zu den starken Partnern gehören neben der Agentur für Arbeit Langenfeld/Monheim, die IHK Düsseldorf, die HWK Düsseldorf, die Junioren des Handwerks NRW, die Kreishandwerkerschaft Mettmann sowie der Industrieverein Langenfeld e.V. und die MIT-Langenfeld. Im vergangenen Jahr haben sich über 60 Firmen, Handwerker und Bildungsträger den 2.500 jugendlichen Besuchern präsentiert. Ein großer Erfolg – auf dem sich die Träger, der Schirmherr und die starken Partner nicht ausruhen möchten. Das Angebot soll erweitert werden. Ziel der „BOB 2011“ ist es, den Schülerinnen und Schülern die Vielfalt der Berufsfelder aufzuzeigen, Ihnen die Möglichkeit zu geben, sich um Praktika zu bemühen und Kontakte zu Arbeitgebern und (Fach-) Hochschulen aufzunehmen. Die Arbeitgeber sollen dadurch die Gelegenheit bekommen, motivierte und engagierte Nachwuchskräfte zu finden. Die diesjährige Berufsorientierungsbörse findet am Mittwoch, den 4. Mai 2011 von 11 Uhr bis 17 Uhr in und vor der Langenfelder Stadthalle, Hauptstraße 129 in 40764 Langenfeld statt. Weitere Angebote an diesem Tag werden die Beratung und Prüfung von Bewerbungsunterlagen sein, sowie Bewerbungstraining, Studienberatung und Fachvorträge zu verschiedenen Themen rund um das Thema Ausbildung.

Für Informationen rund um die „BOB 2011“ das Landtagsbüro gerne zur Verfügung: Tel.: 0211-884-2186 und per mail unter hans-dieter.clauser@landtag.nrw.de.

Über 60 Unternehmen stellen vor und bieten an

- Berufsbilder
- Ausbildungsplätze
- Praktikumsplätze
- Studienberatung



BOB 2011
Starte in Deine Zukunft!

BerufsOrientierungsbörse 2011

4. Mai 2011
11 - 17 Uhr

Stadthalle Langenfeld
Hauptstraße 129
40764 Langenfeld

Partner

Agentur für Arbeit Langenfeld / Monheim
IHK Düsseldorf
HWK Düsseldorf
Junioren des Handwerks NRW
Kreishandwerkerschaft Mettmann
Industrieverein Langenfeld e.V.
Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung Langenfeld

www.BOB2011.de

MIT DABEI:
Das InfoMobil des Arbeitgeberverbandes Rhein-Wupper e.V. Leverkusen



Träger der Veranstaltung
Bürgermeister Frank Schneider
Stadt Langenfeld (Rhld.)
Bürgermeister Daniel Zimmermann
Stadt Monheim am Rhein

Schirmherr
Hans-Dieter Clauser
Mitglied des Landtages

++ GASTBEITRAG ++ GASTBEITRAG ++ GASTBEITRAG ++ GASTBEITRAG ++ GASTBEITRAG ++

Auch Unternehmer sollten früh an später denken

Im vergangenen Jahr sind rund 71 Milliarden Euro an Leistungen aus Lebensversicherungen ausgezahlt worden: als Kapitalbetrag oder als Rentenzahlung. Wer sich für die Kapitalvariante entschieden hat – und das gilt auch für Selbständige und mittelständische Unternehmern – sollte frühzeitig überlegen, wie der meist hohe Geldbetrag verwendet werden soll. Wichtig ist, die richtige Entscheidung für den eigenen Lebensplan zu treffen und das Beste aus dem verfügbaren Betrag zu machen. Es gibt viele Möglichkeiten, das Kapital lukrativ einzusetzen.



Wolfgang Fischer, Direktionsbevollmächtigter der Landesdirektion West der Signal Iduna Gruppe.

So kann das Geld einer fällig gewordenen Lebensversicherung investiert werden, um den Lebensstandard im Alter finanziell abzusichern. Gerade beim Firmenübergang in die nächste Generation kann dies ein wichtiges Ergänzungseinkommen für den Senior sein. Beispiele hierfür sind Rentenprodukte der SIGNAL IDUNA Leben. Monat für Monat wird daraus eine stattliche private Rente als Ergänzung der gesetzlichen Rente gezahlt. Hier gibt es sehr flexible und gleichzeitig konventionelle Produkte. Mit ihnen kann die Rentenlücke mit einer lebenslangen privaten Rentenzahlung individuell geschlossen werden und das sofort nach Auszahlung der Lebensversicherung.

Der Alltag eines Unternehmers – und erst recht der eines politisch engagierten Unternehmers – ist stressig und aufreibend. So ist es wichtig, auch den Fall einer Pflegebedürftigkeit finanziell abzusichern. Denn die Pflegepflichtversicherung bietet nur einen Grundschutz, der die tatsächlichen Pflegekosten keinesfalls deckt. Mit einem Einmalbeitrag kann vorgesorgt werden. Man erhält für die Dauer der Pflegebedürftigkeit eine Pflegerente, mit der entweder die häusliche Pflege oder ein Platz im Pflegeheim bezahlen wird. Darüber hinaus runden Assistance-Leistungen, wie zum Beispiel die Pflegeheimplatzgarantie innerhalb von 24 Stunden, die Produkte ab.

Denken Sie also frühzeitig über die Nachverwendung der Altersvorsorgeprodukte, die frühzeitig ausbezahlt werden, nach. Natürlich kann die Antwort dann auch statt einer Neuanlage zum Beispiel in ein Renten- oder Pflegeversicherungsprodukt auch lauten: „Das Geld soll verfügbar sein.“ Ein breites Fondsportfolio, wie HANSAimmobilia, -renta, -zins und -gold, kann dann die Risikoneigung austarieren. Dabei kann man den Fonds „stehen“ lassen oder aber einen Entnahmeplan vereinbaren, sich also regelmäßig einen gleichbleibenden Betrag auszahlen lassen, vergleichbar einer Rente. Als Ex-Unternehmer bleibt man ja oft im Alter unternehmenslustig und die Entnahme kann ja den jährlichen Skiurlaub zur Routine werden lassen.

Auch für Sie als Unternehmer in der MIT sollte die frühzeitige Information über das „Später“ im hektischen Alltag nicht zu kurz kommen. Die Signal Iduna und ihre Bankentöchter informieren auch gerne in Ihrem Verband vor Ort über die Möglichkeiten. Ihre MIT-Landesgeschäftsstelle vermittelt Ihnen gerne einen Fachmann der Signal Iduna, der vor Ort – beim Unternehmerfrühstück oder beim Infoabend – Rede und Antwort steht.

MIT Köln

Kreditvergabe war Thema beim Frühstück

Bereits zum zweiten Mal veranstaltete die MIT Köln erfolgreich ein Business-Frühstück im Technologiepark Köln-Braunsfeld. Sebastian Prinz von Schönaich-Carolath, Vorstandsvorsitzender der Kölner Bank eG referierte über die aktuelle Kapitalmarktentwicklung. Er betonte, dass Deutschland gut durch die letzte Wirtschaftskrise gekommen sei, merkte aber an, dass die neuen Regulierungen die Kreditvergabemöglichkeiten der Banken künftig einschränken könnten. Auch die Anforderungen an den mittelständischen Kreditkunden würden steigen.

dass die Kommunikation zwischen Kunde und Bank gegenseitig verbessert werden



Von links: MIT-Schatzmeister Bernd Petelkau, Sebastian Prinz von Schönaich-Carolath, Birgit Gordes und Dr. Martin Schoser Mdl.

kann. „Sie, die Kunden, müssen verstehen, was Ihre Bank macht. Und die Bank muss verstehen, was die Kunden machen“, betonte von Schönaich-Carolath.

Nach den erfolgreichen ersten Veranstaltungen wird die Reihe mit Referenten aus Wirtschaft und Institutionen bereits im Mai fortgesetzt.

Mit den unterschiedlichsten Unternehmergruppen werden wirtschaftliche Themen erläutert und diskutiert. „Wir sind nah an den Unternehmen vor Ort und mochten für den Mittelstand relevante Themen öffentlich diskutieren“, so die Vorsitzende der MIT Köln, Birgit Gordes.

MIT Bezirk Südwestfalen

6-Punkte-Papier für leistungsfähige Infrastruktur

In einem 6-Punkte-Papier fordert der Bezirksvorstand, Straßen und Schienenwege in Südwestfalen an die Herausforderungen der nächsten Jahrzehnte anzupassen. Als wichtigste Projekte benannte die MIT den Lückenschluss der A46 zwischen Hemer und Wickede und den 6-steifigen Ausbau der A45, vor allem zwischen Lüdenscheid-Süd und Hagen, aber auch zwischen dem Kreuz Olpe und der hessischen Landesgrenze sowie die Fortführung der A4 Richtung Osten. Daneben zählen der autobahngleiche Ausbau der B55 im Kreis Soest und die Verbesserungen an zahlreichen Bundesstraßen zum Forderungskatalog der MIT. „Im Zuge der notwendigen Sanierungsarbeiten an nahezu allen Talbrücken entlang der A45 bietet sich die Gelegenheit, die Abschnitte zwischen Lüdenscheid-Süd und Hagen sowie zwischen dem Kreuz Olpe und der hessischen Landesgrenze sechsspurig auszubauen. Die MIT sieht darin eine große Chance, die Erfolgsgeschichte A45 fortzuschreiben. Dazu gehört auch die Mitplanung und Verlegung von Kommunikations- und Stromversorgungsleitungen im Zuge des Straßenbaus“, so der MIT-Bezirksvorsitzende Dr. Matthias Heider MdB. Dem



Von links: Ulrich Klein, Stefan Latsch, Ilona Moll, Marita von Garell, Markus Scheerer, Dr. Gisbert Kley, Rüdiger Heupel, Heinz-Albert Schürholz und Dr. Matthias Heider MdB

Ausbau der Ruhr-Sieg-Strecke für den Güterverkehr, dem unlängst in einer Bedarfsüberprüfung die Bauwürdigkeit aberkannt wurde, misst die MIT große Bedeutung zu. Heider betonte die Auswirkungen für die südwestfälische Wirtschaft: „Das negative Ergebnis der aktuellen Bedarfsprüfung hat hier keiner

verstanden. Unsere heimische Industrie ist stark exportorientiert. Vor allem die Märkte in Asien müssen logistisch über die großen Seehäfen gut erreicht werden. Dafür bietet der Schienenverkehr aus unserer Region – auch im kombinierten Verkehr – die besten Voraussetzungen.“

MIT linksrheinisch

Die nächsten zehn Jahre werden Hardcore

Oswald Metzger fordert bei der MIT linksrheinisch im Rhein-Sieg Kreis grundlegende Veränderungen in der Steuer- und Haushaltspolitik. Ohne Strukturreformen in der Steuergesetzgebung und den Sozialversicherungssystemen in Verbindung mit strikter Ausgabendisziplin droht Deutschland das finanzpolitische Chaos – auf der Veranstaltung zum Thema „Einfach und gerecht – Leitlinien für eine grundlegende Steuerstrukturreform“ in Bornheim legte er den Finger schonungslos in die Wunde. Dabei ließ der Vorsitzende der Kommission „Steuern und Haushalt“ der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU gegenüber den Teilnehmern der Veranstaltung in den Räumen der Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft DHPG keinen Zweifel: Die verheerende Finanzlage unseres Staates drängt zur höchsten Eile. Je länger wir die notwendigen Reformen verzögern, desto enger wird der Handlungsspielraum. Trotz der verfahrenen



Situation sieht Metzger das deutsche System prinzipiell veränderungsfähig. Doch dafür müsse die Politik mit Aufrichtigkeit und langfristig angelegten Konzepten das Vertrauen der Bürger zurückgewinnen – und ihnen die Unvermeidbarkeit auch unpopulärer Veränderungen vor Augen führen. Metzger plädierte für ein einfaches, transparentes

Steuerrecht, das unterschiedliche Einkommensarten gleich behandelt. „Wir dürfen die Einkommen der Menschen, die mit ihrer Arbeitsleistung den größten Teil unseres Gemeinwesens finanzieren, nicht höher besteuern als Einkünfte aus Kapitalvermögen.“ Metzger schlug die Einführung eines einheitlichen Steuersatzes in Höhe von etwa 35% für alle Einkommensarten vor. „Allerdings werden wir keine Entlastung in der Gesamtheit realisieren können“, mahnte er zum Realismus. So müsse eine Steuerstrukturreform den erhöhten Finanzbedarf des Staates berücksichtigen. Die Forderung ‚Mehr Netto vom Brutto‘ sei zu bequem und einfach. „Allein die offizielle Staatsverschuldung hat sich innerhalb der letzten acht Jahre etwa verdoppelt. Hinzu kommen die Defizite, die in den Sozialsystemen verborgen sind. Politik hat in unglaublicher Größenordnung ungedeckte Schecks auf die Zukunft ausgestellt“, so Metzger. Alles in allem betrage die Gesamtverschuldung unseres Staates inzwischen bereits etwa 8.000 Milliarden Euro. Trotz der guten Konjunktur kämen in diesem Jahr vermutlich wenigstens 30 Milliarden Euro hinzu.

Am Ende werden immer die Steuern erhöht

Als am Tag vor Weihnachten, am 23. Dezember, die nordrhein-westfälische Minderheitsregierung urplötzlich einen Entwurf eines Gemeindefinanzierungsgesetzes (GfG) für 2011 auf den Tisch legte, ließ so mancher Kämmerer vor Schreck den Stift fallen. Alle Beteiligten waren davon ausgegangen, dass die Absprache gelten sollte, nach der eine konsensuale Neuregelung von Schlüsselzuweisungen und Sonderzuschüssen in diesem landesinternen Finanzausgleich stattfinden sollte.

Noch 2008 hatten alle Fraktionen des Landtages beschlossen, das ifo-Institut zu beauftragen, das schwierige Thema aus einem Guss anzugehen und Empfehlungen zu geben. Anschließend sollte dieses mit Städtetag, Städte- und Gemeindebund und allen Beteiligten zur Grundlage eines breiten Konsenses werden. Da hatte man sich vertan bei Rot, Grün und Rot.

Vor allem die SPD nutzt dieses Thema, um die bekannte Klientelpolitik zugunsten der durch SPD-Schuldenpolitik finanziell ruinierten Großstädte im Ruhrgebiet und im Bergischen Land zu machen. Alle waren sich einig, auch das ifo-Institut, dass die Soziallasten zu deren Vorteil als Bewertungsgrundlage der Bedürftigkeit angeho-



Hartmut Schauerte, Landesvorsitzender der MIT NRW

ben sollten. Doch war nun im Gesetzentwurf steht geht viel weiter: Alle Anregungen der Experten, die auch dem ländlichen Raum helfen sollten, wurden ignoriert: Flächenbewertung – Fehlanzeige; Schüleransatz anpassen – Fehlanzeige; die unsinnige „Einwohnerveredlung“ zugunsten der Großstädte reduzieren – Fehlanzeige. Stattdessen wurden die Soziallasten in einer Weise erhöht angesetzt, dass in den nächsten Jahren Milliarden in die SPD-Wahlkreise verschoben werden sollen. Die SPD erklärt damit, den Menschen und den Kommunalpolitikern – auch den eigenen, die erbost und wütend gegen die

Staatskanzlei und die SPD in Düsseldorf wettern – in den ländlichen Gebieten NRW den finanzpolitischen Krieg; und den großen, mittleren und kleinen Unternehmen an diesen Standorten ebenso.

Faktisch zwingt sie mit neuen fiktiven Gewerbesteuersätzen die Kommunen, die sich als erfolgreiche und wettbewerbsfähige Standorte erwiesen und gleichzeitig gut gewirtschaftet haben, ihre Gewerbesteuern und Grundsteuern zu erhöhen.

Damit trifft es wieder einmal den Häuslebauer, den Hausbesitzer und die vor allem die Mittelständler. Sie sind es, die die Fehlinvestitionen und Milliarden-geschäfte im Ruhrgebiet bezahlen dürfen. Gleichzeitig kaufen die Stadtwerke Dortmund und anderer Ruhrgebietsstädte mal schnell den Energieversorger STEAG, mit Kraftwerken in Kolumbien, den Philippinen und der Türkei. Etwa 80% der STEAG-Umsatzes findet außerhalb Deutschland statt. Das ist die Globalisierung der Stadtwerke.

Es ist, wie es immer war: Regiert die politische Linke, steigen die Steuern. Und wenn man sie nicht selbst erhöhen kann, so zwingt man andere dazu. Es bleibt dabei: Die Schulden von heute sind die Steuern von morgen.

Impressum

Herausgeber: Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU NRW

Redaktion: Klaus Gravemann (verantwortlich), Stefan Simmnacher

Postfach 20 02 80, 40100 Düsseldorf, Wasserstraße 5, 40213 Düsseldorf, Tel.: 02 11–1 36 00 43/44/45, Fax: 02 11–1 36 00 42/8 54 95 97

Internet: <http://www.mit-nrw.de>, e-mail: info@mit-nrw.de

Verlag & Gestaltung: Mittelstands-Verlags-gesellschaft mbH, Martin-Luther-Straße 2–6, 53757 Sankt Augustin, Tel.: 022 41/91 33-0, Fax: 91 33 33

Druck: Evers-Druck, Meldorf